

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße 50**, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mk. 1,80**. Monatlich **55 Pf.** Postzeitungsliste Nr. 1069a, 9. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum **15 Pf.**, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pf.**, auswärtige Anzeigen **20 Pf.** Inserate für die nächste Nummer müssen bis **9 Uhr Vormittags** in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 143.

Donnerstag, den 22. Juni 1899.

6. Jahrgang.

Genossen! Agitiert rege für die Bürgerschaftswahlen!

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 20. Juni 1899.

Aus dem Reichstage. Der Reichstag setzte heute die Verathung der Buchhausvorlage fort. Nebel erhielt zunächst einen Ordnungsruf, weil er gesagt hatte, die Vorlage werde, wenn sie Gesetz werde, Deutschland zur Schmach und Schande gereichen. Der Ausdruck mag in den gräßlich Bollestrom'schen Ohren nicht gut gelungen haben, wahr bleibt er trotzdem. Dann kam Herr von Levetzow als Sprecher und Führer der Konservativen zum Wort. Herr von Levetzow ist Regierungsmann sans phrase, in solchen Dingen steht ja auch die ganze reaktionäre Sippschaft hinter der Regierung, und es überraschte nicht, daß er seine unumwundene Zustimmung zur Vorlage ausdrückte. Die Rede des Herrn von Levetzow war herzlich unbedeutend, kein neuer Gedanke war in ihr enthalten, sie umschrieb die Reden, die wir gestern vom Regierungstisch anhören mußten. Auf der Linken regte man sich deshalb auch nicht auf. Es kam dort kaum zu einem Zwischenruf. Viel gespannter war man auf das Auftreten Dr. Lieber's. Die Stellung des Zentrums war ja bis dato ziemlich unklar und man erwartete nun, daß Dr. Lieber die erwünschte Klarheit verbreiten würde. Aber die Hoffnung wurde getäuscht. Herr Lieber sprach viel gegen, aber auch einiges für die Vorlage. Er verlangte eine Erweiterung des Koalitionsrechtes und Anerkennung der Berufsvereine, machte aber andererseits die Sozialdemokratie und ihre angeblichen Ausschreitungen, ihren Terrorismus, für die Einbringung der Vorlage verantwortlich. Immerhin muß anerkannt werden, daß er eine Annahme dieser Vorlage weit von sich wies und auch ein kräftig Wortlein über die Handhabung unserer Rechtsprechung sagte, so kräftig, daß auch er sich einen Ordnungsruf seines präsidentiellen Parteigenossen zuzog. Das Zentrum stellte für den Herbst die Einbringung eines Gegengewurfs in Aussicht, Herr Lieber ließ sich aber nicht darüber aus, ob er die zweite Lesung nach vorangegangener Kommissionsberatung oder ohne eine solche wünscht. Ob also die Vorlage morgen an eine Kommission verwiesen wird oder nicht, ist noch zweifelhaft geblieben, weil sich das Zentrum wieder einmal dunkel ausdrücken beliebte. Da war der nächstfolgende Redner, Herr Wassermann, von der nationalliberalen Partei viel deutlicher und offener. Er führte heute einen frischen, frühlichen Feldzug gegen die Vorlage und erntete lebhaften Beifall auf der ganzen linken Seite des Hauses. Die nationalliberale Partei scheint wirklich in einem Wandlungsprozeß begriffen. Die sozialpolitische Einsicht scheint wenigstens bei einem Theile der Partei allmählich zu dämmern. Die Schlotbarone von der Farbe Wölber und Hilbel stehen freilich noch abseits und werden sicherlich von dem Geschimpfe der Bued und Genossen im Centralverband deutscher Industrieller, das in den nächsten Tagen losgehen wird, ausgenommen werden. Herr Wassermann erklärte sich gegen alle drakonische Maßregeln und sprach die von seinem Standpunkt aus gewiß richtige Behauptung aus, daß die Vorlage nur geeignet sei, die Arbeiter vor den Kopf zu stoßen und alle noch nicht der Sozialdemokratie verfallenen Elemente dieser zuzutreiben. Nach dieser Richtung hin beurtheilte er das Gesetz ganz richtig und auch was er über unsere Rechtsprechung sagte, kann man ganz getrost Wort für Wort unterschreiben, denn er sagte nichts Anderes, als was wir schon so oft gesagt haben, daß sich die Rechtsprechung nämlich immer mehr mit dem Volksbewußtsein in Widerspruch setzt. Freilich, die Hoffnungen, welche sich Herr Wassermann von seiner Art der Bekämpfung unserer Partei macht, werden sich nicht erfüllen. Nach dieser Richtung wird er noch manche Enttäuschung erleben und was er von der Mauferung der Sozialdemokratie sagte, das zeigte doch deutlich, wie wenig er sich doch noch in das Wesen der Sozialdemokratie vertieft hat. Herr Wassermann hat heute seine beste Rede gehalten und sein Talent, eine Führerrolle zu spielen, zum ersten Male gezeigt.

Den Abnig Stimm vertrat Herr Arendt, ein Kenning im Reichstage, von seiner Schwärmerei für die Silberwährung bekannt. Er ist ein Schwärmer und deshalb noch unerträglich als der von ihm vertretene Herrscher von der Saar. Wie der sich räuspert, wie er spult, das hat Herr Arendt ihm aber glücklich abgerückt und so fehlte es auch in seiner Rede nicht an frechen Provokationen unserer Genossen. Nebenbei lief aber so viel Lächerliches unter, das während der „Silberrede“ auf der Linken fortgesetzt ausgelassenste Heiterkeit herrschte. Die letzte große Rede hielt der freisinnige Abg. Lenzmann, der seinen guten Tag hatte und ein glänzendes Plaidoyer gegen die Vorlage hielt, die übrigens nur von einem Regierungsvortreter, dem Staatssekretär Meberding, in seiner trockenen und matten Manier verteidigt worden war. Den Schluß machte Liebermann v. Sonnenberg, der mit kaiserlichen Worten krebte, aber doch im Grunde auch gegen die Vorlage sich erklärte.

97. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Graf von Bosadowsky; später der Reichskanzler, Staatssekretär Meberding, die Minister Vresfeld, Schönstedt und Hammerstein-Vorzen.

Eingegangen ist der Nachtragsetat über den Ankauf der Karolinen.

Der Eintritt in die Tagesordnung ruft Präsident Graf v. Ballesrem den Abg. Nebel wegen dessen Schlussworte: „Wird diese oder eine ähnliche Vorlage Gesetz, so gereicht es Deutschland zur Schande und Schmach“ nachträglich zur Ordnung. (Bravo! rechts. Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Der Präsident bittet, jede Kritik seiner Worte zu unterlassen. (Abg. Singer: Wir riefen nur nach rechts hinüber!) ... Jede Kritik! (Heiterkeit.)

Die erste Verathung der Buchhausvorlage wird hierauf fortgesetzt.

von Levetzow (R.): Wir sehen in der Vorlage ein indirektes Mittel gegen das Anwachsen der Sozialdemokratie. Unmittelbar aber soll sie das natürliche Recht eines jeden Menschen auf Freiheit schützen und den Zwang verhindern. Das Koalitionsrecht darf nicht ausgeübt werden unter Androhung von moralisch und gesetzlich verwerflichen Mitteln. (Sehr richtig! rechts.) nicht durch Anwendung von Schrecken und Berrücktheit. Im Uebrigen läßt die Vorlage das Koalitionsrecht ganz unbeschränkt, sie will nur verhindern, daß man gezwungen wird, sich zu koaliren. Das steht ausdrücklich im § 1, auf den ich in der Generaldiskussion allein eingehe. Die Frage, ob die übrigen Bestimmungen der Vorlage abänderungsbedürftig sind, gehört in die Kommissionsberatung oder die zweite Lesung. Daß die bestehenden Gesetze nicht gegen den Streikterrorismus schützen, ist bewiesen. Den Widerstand weiter Kreise gegen die Vorlage kann ich mir nur so erklären, daß ihnen das Gesetz von vornherein durch Aeußerungen, die hier und da gefallen sind, verleidet ist. Diese Aeußerungen spiegeln sich aber im Gesetz nirgends wieder. An diese Stimmung der Wählermassen haben wir uns aber gar nicht zu kehren. Man hat gesagt, es sei viel dringender die Koalitionsfreiheit zu vermehren. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokr.) Das bleibt jedoch dem Reichstage unbenommen und hat mit dieser Vorlage nichts zu thun. Wir stimmen mit dem Grundgedanken der Vorlage überein und beantragen, sie an eine Kommission von 28 Mitgliedern zu verweisen. (Bravo! rechts.)

Dr. Lieber (C.): Die Behauptung des Abg. v. Levetzow, daß die zahlreichen Fälle der Anwendung von Zwang beweisen, daß die bisherigen Bestimmungen nicht ausreichen, hat denselben Werth, als wenn man behaupten wollte, daß die Zahl der Verurtheilten gegen das Reichsstrafgesetzbuch beweise, daß dessen Bestimmungen nicht ausreichen. Die Behauptung des Vorredners, die Ausdehnung der Koalitionsfreiheit hänge mit dieser Vorlage nicht zusammen, steht im Widerspruch mit dem Wortlaut der Vorlage, der Begründung und den Reden der Regierungsvortreter. (Sehr richtig! links.) Die Vorlage wird uns ja empfohlen, weil sie bestimmt sein soll, die Koalitionsfreiheit zur Wahrheit zu machen durch Schutz gegen den Koalitionszwang. Leider aber ädumt diese Vorlage das Pferd beim Schwänze auf. (Große Heiterkeit.) Das ist der Grundgedanke unserer Kritik. Wir bedauern, daß man an Stelle des positiven Aufbaues nichts zu setzen weiß als Repressalien. Wenn man die Koalitionsfreiheit schützen will, so muß die Koalitionsfreiheit zunächst wirklich da sein! (Sehr richtig! links.) Bis jetzt haben wir zu ihrem Schutze nur den § 152 der Gewerbeordnung. Die Bestimmungen dieses Paragraphens sind rein negativ; darauf kann sich ein großes Gemeinwesen nicht beschränken, es muß positiv gesagt werden, was Rechtens ist. Der § 152 stellt die Koalitionsfreiheit durchaus nicht sicher. Es muß ganz bestimmt der Kreis der Personen und der sächlichen Vorgänge genannt werden, auf die die Koalitionsfreiheit sich beziehen soll, und da fordern wir als unerlässlich, wenn unsere Zustimmung verlangt wird, auf dem Boden des gemeinen Rechts gemeine Koalitionsfreiheit für Alle, die dem deutschen Reichrecht unterliegen, für alle Zwecke, zu denen sich deutsche Staatsbürger vereinigen. (Bravo! links.) Wir verlangen die Koalitionsfreiheit für die Koalitionen unter einander und die Beseitigung aller einzelstaatlichen oder reichsgesetzlichen Hindernisse, die ein solches Zusammenwirken von Koalitionen verbieten. Das ist unsere alte Forderung der Rechtspersönlichkeit für die Berufsvereine. Ehe sie

nicht erfüllt ist, kann von einem Schutz der Koalitionsfreiheit nicht die Rede sein. (Bravo! im Centrum.) Was nun die strafgesetzlichen Bestimmungen der Vorlage anlangt, so läßt sich nicht bestreiten, daß wir sie den Ausschreitungen der sozialdemokratischen Parteigänger zu verdanken haben. (Widerspruch und Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Das hören Sie nicht gern, aber unsere katholischen Arbeiter wissen, was sie unter dem Terrorismus der sozialdemokratischen Arbeiter zu leiden haben. Wegen dieser Ausschreitungen aber hilft am Besten — die volle Sicherung der Koalitionsfreiheit. Erst wenn die Selbsthilfe der Organisationen nicht ausreicht, soll der Staat eingreifen, um Schutz gegen den Mißbrauch staatsbürgerlicher Rechte zu bieten. (Sehr richtig! im Centrum.) Die Vorlage treibt Vorkautionen: man hat eine Vade zu entdecken geglaubt, die ausgefüllt werden muß. Der § 153 der Gew.-Ordng. ist ein Ausnahmefestgesetz der schlimmsten Art. Bei seiner Aufhebung und Ersetzung durch allgemein rechtliche Vorschriften waren wir durchaus einverstanden. Die Vorlage aber will ihn erlesen durch ein neues, noch viel schlimmeres Ausnahmefestgesetz. (Sehr richtig! links.) Zwar nimmt sie Anfangs einen Anlauf, als komme sie zu einer allgemein gesetzlich Regelung. Aber leider endet auch hier das schöne Weib in einen häßlichen Fischschwanz. (Heiterkeit.) Vor allem läßt man die landwirthschaftlichen Arbeiter auch weiterhin ganz außerhalb des Koalitionsrechtes. Sehr bald zeigt sich auch die ungleiche Behandlung der Unternehmer und Arbeiter. Wir aber sagen: Welche Brüder, gleiche Rappen! (Sehr richtig! links.) Ein Gesetz ist sehr wohl denkbar, das zunächst die Koalitionsfreiheit in dem von mir umschriebenen weitesten Rahmen statuiert, und so dann — aber nur unter dieser Bedingung — können wir die Nothwendigkeit anerkennen, Mißbräuche einzudämmen und erwägen, ob die bestehenden Bestimmungen auch gegen die Mißbräuche ausreichen; alles aber nur auf dem Boden des allgemeinen Strafrechts. Angesichts der auch nach unserer Meinung nicht seltenen haarsträubenden Urtheile auf Grund des § 153 der R.-G.-O. und einschlägigen Paragraphen des Strafgesetzbuches, angesichts der geradezu himmelschreienden Parteilichkeit mit der dasselbe Vergehen auf der einen Seite auf das Härteste, auf der anderen Seite auf das Mildeste geahndet wird ... (Hochde des Präsi.)

Präsi. Graf v. Ballesrem ruft den Redner wegen der Anwendung des Ausdrucks: „himmelschreiende Parteilichkeit“ auf die deutschen Gerichte zur Ordnung. (Gr. Heiterkeit.)

Lieber (fortfahrend): Ich sage, angesichts dieser Zustände in unserem Rechtswesen sind wir am allerwenigsten geneigt, noch Verschärfungen zuzustimmen. (Bravo! links.) Im Gegentheil, angesichts mancher Urtheile haben wir allen Anlaß, die Bestimmungen zu mildern und einzuschränken. (Bravo! links.) Troßdem schließe ich mich dem Wunsche des Herrn Nebel nicht an, sofort in die zweite Verathung einzutreten. Wir glauben uns der ersten Pflicht nicht entziehen zu können, die einmal aufgerollte Frage der Koalitionsfreiheit zu benutzen, um unsererseits die Koalitionsfreiheit zur vollen Wahrheit zu machen. Wir erwarten, daß die Regierung in dem großen Zeitraum zwischen erster und zweiter Lesung noch einmal erwägen wird, ob sie wirklich bis jetzt nicht halbe Arbeit geleistet hat. Ist die Koalitionsfreiheit in positivem Sinne geschaffen, dann werden wir auch daran gehen, ihre Mißbräuche zu beseitigen. Wir werden selbst versuchen, diesem Entwurf einen anderen gegenüberzustellen, der mehr Streben ausdrückt. Dann werden wir ab, ob sich die Regierung nicht doch zu einer Vorlage in diesem Sinne entschließt, oder doch bereit ist, sich auf die von uns vorgeschlagene Regelung des Koalitionsrechtes einzulassen. (Beif. Bravo! links, bei den Nationalliberalen und im Centrum.)

Wassermann (N.): Der Reichskanzler hat sich gestern gemindert, daß Parteien die Vorlage verwerfen, die auf dem Boden der Monarchie und der gegenwärtigen Ordnung stehen. Wir sind überzeugte Monarchisten und überzeugte Anhänger der Gesellschaftsordnung. Troßdem stehe ich heute hier, um gegen diese Vorlage einzutreten (Bravo! links) und mich auch gegen eine Kommissionsberatung zu erklären. (Bravo! links.) In der Rede des Herrn Staatssekretärs trat statt der Begelung, die man bei einer so hochpolitischen Aktion föhlich hätte erwarten sollen, eine ziemliche Resignation zu Tage. (Sehr gut!) Vielleicht liegen im sozialpolitischen Herzen des Herrn Staatssekretärs einige leise Zweifel auf, ob diese Vorlage dem sozialen Frieden diene. Herr v. Levetzow scheint den § 1 für den Kernpunkt des Gesetzes zu halten; das ist falsch; in den folgenden Paragraphen liegt der Schwerpunkt. Auch wir erkennen an, daß das Koalitionsrecht unter Umständen zu Ausschreitungen führen kann. Allein die Frage ist nur, ob die bestehenden Machtmittel nicht schon genügen. Bei der Verathung dieses Entwurfs haben wir geprüft, ob dadurch das Koalitionsrecht angefaßt wird, ob Gerechtigkeit waltet hüben und drüben, und ob die vorgeschlagenen Bestimmungen wirklich wirksame Waffen darstellen. Diese Prüfung ergab für mich ein der Vorlage ungünstiges Resultat. (Bravo!) Jede Maßregel, wie diese hier, muß das Solidaritätsgefühl der Arbeiter noch weiter ausbilden, und darin liegt die Gefahr, daß neue Massen der Sozialdemokratie zuströmen. Dadurch muß auch das monarchische Gefühl der jetzt noch abseits stehenden Arbeiter leiden. Wir sollten, wie Herr v. Bennigsen bei der Verathung der Umsturzvorlage sagte, der Sozialdemokratie das Wasser abgraben; durch solche Maßregeln leiten wir ihr nur neue Wassermassen zu. In meiner Fraktion giebt es eine ganze Reihe von Arbeitgebern, und gerade diese haben sich auf den Standpunkt gestellt, daß ein solches Gesetz nichts nützen, sondern höchstens das gute Verhältniß zwischen Unternehmern und Arbeitern fördern könne. Wir treten jetzt in die Phase der Arbeitgeberkoalitionen. Diese sind ohnehin mächtiger, als die Arbeiterverbände. Macht steht gegen Macht, und der Stärkere wird siegen. Dieser Zeitpunkt ist daher doch wirklich ganz ungeeignet zur Schaffung eines solchen Gesetzes. Bei diesem Gesetze ist die einzige Partei, die eine reine Freude empfindet, die Sozialdemokratie. (Heiterkeit.) Sie war so schön

Das Attentat auf die Gewerkschaften!

Wp. Wem verdankt die deutsche Arbeiterklasse die Streik-Vorlage? Es würde nicht schwer fallen, als Antwort darauf bestimmte Namen zu nennen. Sie sind auch genannt worden, bis auf den Schatzmacher Stumm und den Pastor von Hodelschwingh. Und doch, so wenig an dieser Vorlage der persönliche Anschlag zu erkennen ist, so sehr wäre es ein Verstoß, hinter ihr nur den Einfluss dieser oder jener Persönlichkeit zu suchen. Warum kommt man uns denn auf einmal mit einem Geis gegen die Gewerkschaften, während dem man bis jetzt nur immer und immer wieder die Sozialdemokratie bekämpft hat?

Man hat herausgefunden, daß schon im Juni 1897, also vor zwei Jahren, Freiherr von Stumm die Streikvorlage angekündigt hatte. Der Führer der industriellen Reaktionäre hat dabei wieder seinen kapitalistischen Klasseninstinkt, der ihn wiederholt zum Propheten gemacht hatte, glänzend erwiesen. Aber die deutsche Sozialdemokratie war auch diesmal den kapitalistischen Umtrieben weit vorausgeeilt. Schon im Jahre 1896, also vor drei Jahren, hat die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ in Dresden die kommenden Dinge vorausgelaßt. Sie schrieb in ihrer Artikelserie über die Gewerkschaftsbewegung und die Sozialdemokratie: „Jetzt fürchtet die deutsche Kapitalistenklasse die Gewerkschaften weniger als die Sozialdemokratie. Das Verhältnis wird sich in dem Maße umkehren, als die Macht der Gewerkschaften wächst. . . . Dann wird das Kapital seine wirtschaftliche und politische Macht gegen die Gewerkschaften wenden, wie jetzt gegen die Sozialdemokratie. Wir haben ja jetzt schon Anzeichen dieses kapitalistischen Vorgehens.“

Die Jahre des industriellen Aufschwungs haben den deutschen Gewerkschaften etwas mehr Lust in die Segel gegeben. Wir wissen, daß diese Jahre von einer lebhafteren Streikbewegung begleitet wurden und einem verhältnismäßig nicht unbedeutenden Wachstum der gewerkschaftlichen Organisationen. Bei alledem muß jeder Unbefangene anerkennen, daß die deutschen Arbeiter keine Extravaganzen begangen, sondern sich in äußerst bescheidenen Grenzen gehalten haben. Sie leisten nach wie vor Ueberstunden fast ohne Zahl, und die geringsten Lohn-erhöhungen, die sie hier und da abgetrotzt haben, verschwinden bis zur Unkenntlichkeit vor den riesigen Profitten, welche die Unternehmer in diesen Jahren eingehämt haben. Aber selbst durch diese kümmerliche Verbesserung der elenden Lage der Lohnarbeiter sehen sich die Unternehmer in ihrem Ausbeutungsinteresse bedroht — deshalb die Streik-Vorlage.

So hängt das zusammen. Die Streik-Vorlage ist kein persönlicher Akt, sie ist ein Produkt des Klassenkampfes. Und es ist höchst wichtig, daß sich die Arbeiter darüber klar werden. Wenn der Geschäftsgang flauer wird, dann dürfen die Arbeiter gar nicht erst den Mund aufthun, um Lohn-erhöhungen zu fordern — dann heißt es, daß sie damit die Industrie ruinieren; wenn aber der Geschäftsgang ein glänzender ist, die Unternehmer sich nicht mehr über die Alles niederdrückende Konkurrenz beklagen können, da die Waarenpreise und die Profite vor aller Augen enorm steigen, dann ist die Antwort auf das bescheidene Verlangen der Arbeiter, ihre Lage zu verbessern, — Streikgesetz! Wo die Heuchelei nicht mehr

weiter getrieben werden kann, tritt die brutale Gewalt schamlos zu Tage. Alle Phrasen über Interessensharmonie zwischen Kapital und Arbeit werden bei Seite geworfen, und das Kapital gebärdet sich als die politisch herrschende Klasse. Was sind die Forderungen des deutschen Kapitals an den Staat in dieser Zeit der Industrieblüthe? Herabsetzung der Diskontofuß der Reichsbank, um die Profite steigern zu können, und Buchthaus für Streikende, um die Arbeitslöhne drücken zu können. Welche waren die politischen Ergebnisse des industriellen Aufschwungs für die deutschen Arbeiter? Erst trat an Stelle der Sozialpolitik die Kolonialpolitik. Jetzt gefeilt sich zur Kolonialpolitik der Buchthauskurs. Also je mehr die Geschäftslage sich bessert, desto mehr wendet sich die Politik des Staates gegen die Arbeiter. Warum das? Weil dieser Staat ein kapitalistischer ist, weil in ihm die Kapitalistenklasse die politische Herrschaft führt.

Unter den Mägen, mit denen die Kapitalistenklasse das Proletariat zu behörden sucht, ist die frechste und feigste zugleich, daß sie den Kampf nicht gegen die Arbeiterklasse als solche, sondern bloß gegen „die sozialdemokratischen Peyer und Wähler“ führt. Die Streik-Vorlage wird hoffentlich darüber jedem Arbeiter die Augen öffnen. Nicht als Sozialdemokraten werden hier die Arbeiter verfolgt und mit Gefängnis bedroht, nicht wegen ihrer sozialrevolutionären Bestrebungen, sondern einfach weil sie sich vereinigen, um der schrankenlosen Ausbeutung zu trotzen. Das zeigt klar, um was es sich handelt: Die Organisation der Klassenbewußten Arbeiter ist es, die am meisten gehaßt und gefürchtet wird. So lange diese Organisationen bestehen, gibt es keinen Frieden zwischen Arbeitern und Unternehmern, sondern erbitterten Kampf. Die Illusion, daß die Arbeiter innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft mehr praktische Erfolge erzielen könnten, wenn sie ihren sozialrevolutionären Standpunkt weniger schroff zur Geltung bringen wollten, wird durch diesen politischen Feldzug gegen die Gewerkschaften gründlich zerstört.

Wenn man die Gewerkschaften scheinbar wohlwollender behandelte, als die Sozialdemokratie, so war es nur deshalb, weil man sie weniger fürchtete. Der jegige Kampf gegen die Gewerkschaften ist ein Zeichen ihrer Erstarkung, ihrer steigenden Macht. Insofern ist die Streikvorlage ein vorzügliches Agitationsmittel für die Gewerkschaften. Welcher aufgeklärte Arbeiter wird noch über den Neger der Gewerkschaften zweifeln, wenn er sieht, daß die Kapitalistenklasse zu den gewagtesten gesetzgeberischen Experimenten greift, um ihre Entwicklung zu hindern? Da es die Furcht vor der Macht der Gewerkschaften ist, welche die Streikvorlage diktiert hat so ist unsere Antwort darauf: Mehr Macht! Das heißt: Mehr Organisation! Jetzt wollen wir erst recht die gewerkschaftlichen Organisationen ausbauen. Die Streik-Vorlage soll uns der Ansporn sein, wie es das Sozialistengesetz war, um die politische Partei groß zu machen. Es mag hier nicht unerwähnt bleiben, daß die vielen Protestversammlungen, die jetzt abgehalten werden, eine vorzügliche Gelegenheit darbieten, um Mitglieder für die Gewerkschaften zu werben. Jeder Versammlungsbefucher, der gegen die Buchthaus-Vorlage protestiert, muß, wenn er konsequent sein will, auch seiner Gewerkschaft beitreten. Wenn die Listen und

Rassen der Gewerkschaften sich füllen, so verstärkt das nicht nur den Protest gegen die Regierungsvorlage, sondern, was viel wichtiger ist, dadurch sammelt sich jene Macht, welche allein im Stande ist, die Vorlage, falls sie Gesetz wird, zu überwinden. Wodurch hat die Sozialdemokratie das Sozialistengesetz überwunden? Durch ihr unablässiges Wachstum. Wodurch würden die Gewerkschaften das Streikgesetz überwinden? Nur daß sie trotzdem und allem sich weiter auszubilden müßten. Suchen wir aber jetzt schon, dem so weit wie möglich vorzuarbeiten — so untergraben wir dem Gesetz zu einem guten Theil den Boden, noch bevor es in Wirkung tritt.

Wir fürchten die Vorlage nicht, dieses Gesetz, wenn es dazu kommt. Wir pfeifen darauf, wie wir auf das Sozialistengesetz gepfiffen haben. Gewiß wäre das eine neue, sehr biegsame und schmiegsame Handhabe für eine in Deutschland genügend bekannte Klassenpartei. Gewiß würden unter diesen Umständen Opfer fallen. Aber wer glaubt, auf diese Weise die gewerkschaftliche Bewegung aufhalten zu können, der kennt die Geschichte der Arbeiterbewegung nicht, deren jedes Blatt den Beweis liefert, wie proletarischer Opfernuth über kapitalistische Brutalität siegt.

Man hüte sich aber, in einem Lande des allgemeinen gleichen Wahlrechts den Arbeitern allzu deutlich vor die Augen zu führen, wie sehr es für sie notwendig sei, daß sie die politische Herrschaft im Lande ausüben. Oder denkt man vielleicht daran, auch mit dem Reichstagswahlrecht fertig werden zu können? Mag sein, daß man sich in dem Moment keine Rechenschaft darüber gibt. Jedoch das ist sicher, wie die Streik-Vorlage Gesetz wird, wird die Gefahr für das allgemeine gleiche Reichstagswahlrecht wieder akut.

Mag kommen, was will, die deutsche Arbeiterklasse hält treu zusammen, und darin liegt für alle Fälle die Gewähr des Sieges. Unsere Lösung ist und bleibt:

Organisation!

Soziales und Parteileben.

Protokoll der Verhandlungen des 3. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands. Abgehalten in Frankfurt a. M. - Vockenheim vom 8. - 13. Mai 1899. Verlangt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, C. Legien, Hamburg 6. Die Schrift enthält eine fast wörtliche Wiedergabe der Verhandlungen des für die deutsche Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung überaus wichtigen Kongresses. Diese Verhandlungen sind in der Zeit des Buchthauskurzes um so bedeutsamer, als aus ihnen hervorgeht, daß es ein geradezu gemeingefährliches Treiben ist, wenn die Unternehmer die Regierung dazu drängen, eine Ausnahme-gesetzgebung gegen die Arbeiterorganisationen zu schaffen. Deswegen ist die Lektüre des Protokolls Freunden wie Gegnern der Arbeiterbewegung dringend zu empfehlen. Der Preis der 14 1/2 Bogen starken Schrift beträgt im Buchhandel 1 Mk. Mitglieder der Arbeiterorganisationen erhalten dieselbe durch die Vertrauenspersonen resp. durch das Gewerkschafts-kartell unter dem Selbstkostenpreis für den Betrag von 25 Pf.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Vom Klub der Harmlosen berichtet das „V. T.“, in den letzten Tagen hätten zahlreiche Bert

Ein Kampf um's Recht.

Roman von Karl Emil Franzos.

(50. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Die Ahnung trotzt ihm nicht. Gegen die dritte Morgenstunde kam ein Bote, er möge mit dem Sakramente zur Schinde kommen, Marko liege im Sterben. Der trostlose Hüte, der noch vor wenigen Stunden seine Knabenstimme so kampfesmutig erhoben, war nun verstummt für immer. Er hatte sich vor der Schänke den Reitern entgegen geworfen, war durch einen Säbelhieb verwundet worden und dann blutend heimgeschlichen. Auf der Flucht erreichte ihn ein tödtlicher Schuß in den Rücken; noch konnte er sich heimzuschleppen, aber nur, um da zu sterben. Der Pope versuchte das Weib zu trösten, welches in starrem, thränenlosen Schmerz die Leiche umfaßt hielt. „Schweig“, erwiderte sie finstern, „es giebt nur Einen Trost für mich: ich werde seine Platte zu gebrauchen wissen, wenn wir unsere Rechnung mit den Schergen machen.“

Derselben Stimmung begegnete der Pope überall, als er im Morgenrauschen den Weg von Hütte zu Hütte machte. Nur Wenige waren verwundet oder beschädigt, aber Alle von gleichem Machedurst erfüllt. Diese düstere Ruhe erschreckte ihn weit mehr, als jener wilde Horn, den er sonst an ihnen gewahrt. „Uns ist Frevel geschehen“, sagten sie, „und wir werden ihn heimzahlen. Wir sind allein zu schwach und haben keinen Führer, aber Taras wird uns nicht verlassen. Er ist heute Nacht nicht gekommen, weil der Mandatar offenbar nicht im Schlosse ist, sonst wäre ja dieser Schurke unter dem Schutze der Zigeuner gewiß schon hervorgetreten. Aber gleichviel, nun wird Taras um unseretwillen kommen.“

Am Nachmittage des Ostermontags rückte staubbedeckt und müde die Kompagnie Parma-Infanterie ein, welche in Gülmärschen aus Czortkow herbeigekommen war. Die Hu-

saren zogen ab, nur der Verwundete blieb in der Schänke zurück. Der neue Kommandant erwies sich als ebenso klug wie human. Nachdem der Pope ihm die Sachlage mitgeteilt, erbot er sich freiwillig, bei der Einquartierung und Verpflegung alle mögliche Rücksicht walten zu lassen. Da das Mädel genügende Räumlichkeiten biete und er vornehmlich zu seinem Schutze beordert sei, so werde er dahin den Haupttheil der Mannschaft legen. Die Uebrigen müßten freilich auf einem Hofe unterkommen, dem Hofe des Taras: er habe Befehl hiezu. „Es thut mir leid“, fügte der Hauptmann hinzu, „die Familie des Mannes, von der er mir so viel erzählt, gerade auf diese Weise kennen zu lernen.“ „Sie kennen den Taras?“ fragte der Pope ganz erstaunt.

„Ja. Mein Name ist Eugen Stanzul. Ich war Dolmetsch bei seinem Wiener Audienzen.“

Mit scheinem Grimm sahen die Bauern zu, wie die „Weißröcke“ in ihre Quartiere zogen, und ihr Grimm steigerte sich noch, als sie erfuhren, daß der Hauptmann ein Nuthene, ein Popensohn sei. Neulich benahm sich Anusia. Sie empfing den Offizier, der seine Leute selbst führte, mit kalter Ruhe, aber als ihr der Pope zuflüsterete, es sei derselbe Mann, von dem Taras erzählt, schrak sie heftig zusammen und ihr Antlitz verblüdete sich.

„Was hast Du mir?“ fragte der Pope erstaunt. „Dieser Mann wird Dir keine Unbill zufügen. Hat er sich nicht gegen Taras sehr freundlich betragen?“

„Eben darum“, stieß sie hastig hervor. „Es thut mir leid um ihn.“ Dann aber preßte sie ihre Lippen zusammen und wendete sich rasch ab.

Am selben Abend gingen jene beiden Männer, welche sich Tags zuvor so heftig über die Haltung des Dorfes befehdet, Wassilj, der Fleischer, und Priyko Bomenko, einträchtig zusammen von Hütte zu Hütte und fragten an:

„Eine Versammlung kann der „Weißröcke“ wegen nicht stattfinden, und darum erkunden wir einzeln Eure Meinung:

Stimmt Ihr zu, daß wir morgen früh in den Bergwald gehen und den Taras im Namen des Dorfes hierher berufen, den Frevel zu rächen? Und verpflichtet Ihr Euch, ihm zu helfen?“

Alle Hansväter stimmten zu, obgleich viele bangen, widerstrebenden Herzens. Aber sie wagten es nicht, sich der herrschenden Meinung entgegenzustellen.

Der Pope ersah es erst am Dienstag Morgen, nachdem die Weiden bereits ihren Weg angetreten, und gerieth in peinlichen Widerstreit der Empfindungen. Sollte er die Sache dem Hauptmann anzeigen und hierdurch die Maßregeln gegen das Dorf verschärfen, die beiden braven und erscholtenen Menschen in den Kerker liefern? Sollte er schweigen und das Unheil geschehen lassen? Das Letztere erschien ihm als das größere Unglück; er theilte dem Hauptmann den Beschluß mit, doch ohne die Namen der Boten zu nennen.

Der Offizier lächelte. „Ich weiß seit gestern Abend Alles“, sagte er, „auch das, was Sie mir verschwiegen und Einiges dazu, was wahrscheinlich erlogen ist. Der Korporal Konstantin Zurenko war bei mir. Seien Sie ruhig, Herr Pfarrer, ich habe meine Maßregeln ohnehin mit der äußersten Vorsicht getroffen, und die Anzeige war mir daher nutzlos, da ich keinen weiteren Gebrauch von ihr mache. Jeder überflüssige Zwang soll vermieden bleiben. Und darum werde ich trotz der Warnung des Korporals gestatten, daß dem heutigen Leichenbegängnisse des Schmiedes folge, wer da will.“

In der That verlief das Begräbniß ohne jede Störung. Der Pope begleitete den Conduct, doch unterblieb auf Wunsch der Wittve die gebräuchliche Rede. „Meinem Marko“, sagte sie, „soll die Rede erst später in's Grab nachtönen, nicht in Worten, sondern in Schüssen.“

Am Abend dieses Tages gingen abermals zwei Männer, Alexa Sembrow und der Greis Wifko Sembratowicz, von Hütte zu Hütte: „Es ist Nachricht gekommen, daß morgen

